

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Umwelt und Grün
Frau Dr. Sabine Müller

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
FDP-Fraktion@Stadt-Koeln.de
www.FDP-Koeln.de

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.12.2009

AN/1891/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	03.12.2009

Änderungsantrag zu 0059/2009 (Gottfried Hagen Str. 1)

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung des Ausschusses Umwelt und Grün am 3. Dezember 2009 zu setzen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

In Kenntnis, dass

1. die Metallverwertung ein integraler Bestandteil der Kreislaufwirtschaft ist, gem. den Vorgaben aus §1 und §4(3) KrW-/AbfG,
2. die derzeitigen Anlagen auch nach Aufstellung eines Bebauungsplanes Bestandschutz genießen,
3. der Betreiber der Metallverwertungsanlage eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Verbesserung der Situation gemacht hat, die, wo sie über den Stand der Technik hinausgeht, von der Verwaltung weder ordnungsrechtlich noch im Rahmen eines Bebauungsplanes durchgesetzt werden können,
4. der Verwaltung kein geeignetes Grundstück bekannt ist, auf das die Schrottverwertung hin verlagert werden kann,

5. nur ein geordnetes Aufstellungsverfahren mit umfänglicher und formaler Bürgerbeteiligung zu einer Befriedung der Situation im Umfeld des Grundstückes Gottfried-Hagen-Str. 1 und zu dauerhaftem Rechtsfrieden für das dort ansässige Unternehmen führen wird,

beschließt der Stadtentwicklungsausschuss, für das Gelände und das Umfeld einen Bebauungsplan aufzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich des ehem. Bundesbahngelände und das relevante Umfeld vor dessen Freistellung gem. §23 AEG nach Maßgabe der vorliegenden Rahmenplanung Humboldt/Gremberg bis Juli 2010 einen Vorschlag für einen Bebauungsplan zu entwickeln, der die Notwendigkeiten des KrW-/AbfG in Köln, die Notwendigkeit von Wettbewerb im Markt für Metallverwertung und die bekannten Alternativen für den bestehenden Betrieb integriert.

Der Flächennutzungsplan ist entsprechend zu ändern.

Die ordnungsrechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung der Umsetzung des Standes der Technik sind auszuschöpfen, Genehmigungen sind soweit sie mit dem Prozess der Aufstellung eines Bebauungsplanes kompatibel sind, schnellstmöglich zu erteilen.

Der Betrieb ist in seiner wirtschaftlichen Existenz und Wachstum im Rahmen des Bestandes und als Teil der Kölner Kreislaufwirtschaft zu schützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin nach wirtschaftlich akzeptablen Alternativstandorten zu suchen.

Der Bezirksvertretung und den fachlich zuständigen Ratsausschüssen ist regelmäßig über den Fortgang des Verfahrens zu berichten.

gez.
Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Dr. Rolf Albach
Umweltpolitischer Sprecher